



Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) diskutieren in einer wöchentlichen Kolumne.
Quelle: Nik Egger/ade

Warum stehen in Biel immer mehr Menschen für Gratis-Essen an?

Immer mehr Menschen haben zu wenig Geld, um Essen zu kaufen. Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) geben dem Staat die Schuld dafür – wenn auch jeder auf seine Weise.

Oriana Pardini (SP)|Mathias Müller (SVP)
Publiziert: Heute, 06:00 Uhr

Oriana Pardini: «Das System schützt das Vermögen statt die Menschen»

Die Schweiz gilt als Land des Wohlstands, sauber, sicher, stabil. Doch hinter dieser Fassade verbirgt sich eine bittere Wahrheit: Seit 2014 steigt die Armut kontinuierlich an. In Biel ist rund jede zehnte Person auf Sozialhilfe angewiesen. Jedes dritte Kind wächst in prekären Verhältnissen auf.

Diese Armut ist kein Zufall. Sie ist das Resultat einer verfehlten rechten Politik, die lieber wegsieht, als Verantwortung zu übernehmen. Während oben Millionenvermögen wachsen, kämpfen unten Menschen ums Überleben. Wer wenig hat, zahlt oft prozentual mehr an den Staat als die Reichsten. Warum? Weil man es politisch genauso eingerichtet hat, es ist gewollt. Steuerprivilegien für Vermögende wurden geschaffen, Sozialleistungen abgebaut, wie beim Bundesbudget 2024.

Es trifft die Falschen. Menschen, die früh aufstehen, hart arbeiten, in Pflege, Verkauf, Gastronomie. Die Working Poor. Sie arbeiten Vollzeit und haben trotzdem zu wenig für Miete, Essen, Krankenkasse. In Biel sieht man sie, wenn man hinschaut: die Schlange vor der Suppenküche oder Kinder, die ohne Frühstück hungrig zur Schule gehen. Doch

viele schauen weg. Oder schlimmer noch, sie geben den Betroffenen selbst die Schuld. Die Rechten kriminalisieren Armut. Sie haben die Jagd auf jene eröffnet, die am wenigsten haben. Das ist verwerflich.

Und währenddessen? Die Reichen profitieren. Von Schlupflöchern, Sonderregeln, politischem Schutz. Ein System, das Vermögen schützt, statt Menschen. Das ist nicht nur ungerecht, das ist zynisch.

Wir müssen die Augen öffnen. Mitgefühl reicht nicht, es braucht Veränderung:

- Ein Bildungssystem mit echten Chancen für alle.
- Mindestlöhne, die zum Leben reichen.
- Ein gerechtes Steuersystem, das Reiche endlich in die Pflicht nimmt.

Armut ist kein persönliches Versagen. Sie ist politisch gemacht und kann politisch überwunden werden. Die Menschenschlange in Biel ist ein Warnsignal und ein unwürdiges Bild für die reiche Schweiz. Wir können es besser. Wir müssen. Nicht morgen – heute!

Mathias Müller: «Die Menschen verlernen, selbst Lösungen zu finden»

ajour berichtet, dass in der Region Biel immer mehr Menschen für kostenlose Mahlzeiten Schlange stehen – ein Bild, das nachdenklich macht in einem der reichsten Länder der Welt.

Global zeigt sich ein anderes Bild: In den letzten Jahrzehnten ist die Armut in Asien, Afrika und Südamerika stark zurückgegangen. Millionen Menschen haben sich dank wirtschaftlicher Öffnung und Unternehmertum aus der Armut befreit. Das 21.

Jahrhundert ist bislang eine Erfolgsgeschichte im Kampf gegen die Armut.

Warum also nimmt die Armut ausgerechnet in westlichen Ländern wie der Schweiz zu?

Seit den 1990er-Jahren erleben wir in Europa, Kanada und in den USA einen schleichenden Wandel: weg von der freien Marktwirtschaft und hin zu einem zentralistischen Wohlfahrtsstaat. Mehr Regulierung, steigende Steuern, zunehmende Kontrolle und Umverteilung prägen das Bild. Unternehmertum wird erschwert, Eigeninitiative erstickt – dafür wächst die Abhängigkeit vom Staat. Die Menschen verlernen, selbst Lösungen zu finden. Dabei liegt gerade darin das grösste Potenzial für Wohlstand, Innovation und sozialen Aufstieg.

Zur Finanzierung wachsender Ansprüche werden staatliche Subventionen ausgeweitet, Geld gedruckt und Steuern laufend erhöht. Während Vermögende von steigenden Sachwerten profitieren, verliert vor allem der Mittelstand laufend Kaufkraft. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer – nicht trotz, sondern wegen eines staatlich verzerrten Systems aus Subvention, Umverteilung und Überregulation.

Doch es gibt Hoffnung. In Argentinien sank die Armutsquote unter Präsident Javier Milei von 52,9 Prozent auf 38,1 Prozent – in nur sechs Monaten. Möglich wurde das durch radikale Ausgabenkürzungen, Deregulierung und Bürokratieabbau.

Weniger staatliche Eingriffe ermöglichen freies Wirtschaften. Steuersenkungen belohnen Leistung. Und die freie Wahl des Geldsystems – ob Gold, Bitcoin oder Fremdwährung – stärkt das Vertrauen der Menschen. Es ist Zeit, wieder an Freiheit, Verantwortung und den Mut zur Eigenständigkeit zu glauben.

Jeden Montag erscheint die Kolumne «Pardini vs. Müller», worin die SP-Grossrätin und der SVP-Grossrat jeweils eine Frage zu einem aktuellen Thema beantworten.

Mathias Müller (SVP) hat Jahrgang 1970 und lebt in Orvin; er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und Vizepräsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Müller ist Berufsoffizier und Psychologe.

Oriana Pardini (SP) hat Jahrgang 1998 und lebt in Lyss; sie ist Grossrätin seit 2024 und aktuelle Präsidentin des Grossen Gemeinderats Lyss. Pardini ist Masterstudentin Rechtswissenschaften.

Wer hat recht?

Oriana Pardini

35%

Mathias Müller

45%

Beide

11%

Niemand

9%

121 Abstimmungen

Stand 15. April 2025 / 23:17